

Manuela Ripa

Europaabgeordnete der
Ökologisch-Demokratischen Partei

ödp



Meine politische Arbeit 2020–2024

Liebe Leserin und lieber Leser,

vier bewegende Jahre durfte ich nun bereits als Mitglied im Europäischen Parlament unsere gemeinsamen Parteiziele der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP – Die Naturschutzpartei) in Brüssel und Straßburg vertreten – und ich muss sagen, die Jahre sind wie im Flug vergangen!

Das mag an den vielen drängenden Baustellen gelegen haben, die angegangen werden mussten. Vier Themenbereiche lagen und liegen mir als Europaabgeordnete dabei besonders am Herzen. Sie bilden daher auch die Schwerpunkte in dieser Bilanz meiner Parlamentsarbeit: Naturschutz, Tierschutz, Gesundheit und Verbraucher- sowie Klimaschutz.

Wie ein roter Faden ziehen sich diese vier Themen durch meine Arbeit im Europaparlament und ich konnte an vielen Gesetzen in diesen Bereichen mitarbeiten sowie Diskussionsveranstaltungen dazu führen.

Neben den genannten Prioritäten lag ein weiterer Schwerpunkt meiner politischen Arbeit auf den Grenzen des Wachstums. Zusammen mit meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen und auch überparteilich organisierte ich Konferenzen, auf denen wir mit Expertinnen und Experten gemeinsam diskutierten. Es ging darum, mehr Bewusstsein zu schaffen, dass die Ressourcen unseres Planeten endlich sind und wir dringend umsteuern müssen. Eine dringende Frage ist auch, wie wir Politik, Wirtschaft und unsere Gesellschaft mit ins Boot holen und auf den Pfad der Nachhaltigkeit bringen können. Das ist unabdingbar, wenn wir gemeinsam eine Zukunft auf einem lebenswerten Planeten anstreben.

In mehreren Gesetzen und Initiativen des Europäischen Parlaments gelang es mir, unsere ökologischen Positionen und Ideen zu verankern. Das war und ist nicht immer einfach – denn neben guten Argumenten

braucht meine Fraktion der Greens/EFA immer auch politische Verbündete, um wichtige Reformen und Neuregelungen durchzusetzen.

Ich konnte mich dafür einsetzen, dass in den Gesetzesinitiativen, für die ich verantwortlich war und bin, auch die Handschrift der ÖDP zu finden ist. Denn: Europäerinnen und Europäer brauchen die ÖDP. Unsere Partei ist immer wieder das nötige Korrektiv, das die Positionen der großen Parteien hinterfragt und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger auf unserem Kontinent handelt, anstatt in altbekannten Mustern zu verharren.

Vier Jahre im Europäischen Parlament reichen nicht aus, um die Vielzahl der Probleme anzupacken, mit denen wir konfrontiert sind – geschweige denn, sie zu lösen. Manche Themen sind auch noch nicht abgeschlossen und müssen in der nächsten Legislaturperiode nahtlos wieder angepackt werden. Dazu gehören mein Bericht zu nachhaltigen Wasch- und Reinigungsmitteln, nachhaltiger Bodenschutz, und generell die Stärkung der Verbraucherrechte, gesunde Ernährung und europäischer Tierschutz. Daher trete ich ein weiteres Mal an und bitte die Wählerinnen und Wähler, mir am 9. Juni bei den Europawahlen ihr Vertrauen zu schenken.

Es hat mir viel Freude bereitet, für Sie und für uns alle an der ökologischen Front zu

Kontakt Manuela Ripa:

 <https://manuela-ripa.eu/>

 Facebook: @ripamanuela

 X-Corp.: @RipaManuela

 Instagram: @manuela.ripa

 @manuelaripa.bsky.social

kämpfen. Ich werde mich weiter für Natur- und Artenschutz, für Tierschutz, für die Verbraucher und für unsere Gesundheit einsetzen und freue mich auf den Wahlkampf, um auch weitere fünf Jahre die ökologischen Inhalte der ÖDP im Europäischen Parlament einzubringen und umzusetzen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir mit Hilfe der ÖDP Europa ein Stück weit nachhaltiger gestalten können. Wir haben die nötigen Konzepte, um ein Leben in einer gemeinwohlorientierten Gemeinschaft zu ermöglichen. Dafür will ich mich mit Ihrer Hilfe auch künftig ins Zeug legen.

Ihre

Manuela Ripa

Manuela Ripa



Schwerpunkte meiner Arbeit:

Umwelt- und Naturschutz

ab Seite 6

Tierschutz

ab Seite 10

Gesundheit und Verbraucher

ab Seite 14

Klimaschutz

ab Seite 18

... in aller Kürze



Mitgestaltung an europäischen Gesetzen

- Wasch- und Reinigungsmittel-Chefverhandlerin für das Europäische Parlament
- Bodenschutz und Bodenüberwachung
- Kennzeichnung von Honig, Fruchtsäften und Marmeladen
- Bessere Haltungsbedingungen für Nutztiere
- Batterierecycling
- Nachhaltige Textilien
- Vermeidung von Verpackungsmüll
- Plan zur Krebsbekämpfung
- Strategie für kritische Rohstoffe
- Zertifizierung von CO₂-Entnahmen
- CO₂-Grenzausgleichsteuer

- Recycling von persistenten Gefahrenstoffen wie PFAS
- Schutz der geografischen Angabe für landwirtschaftliche Erzeugnisse
- Schutz der geografischen Angabe für handwerkliche Erzeugnisse

Meine Arbeit in dieser Legislaturperiode

- ✓ 15 Berichte, Stellungnahmen und Entschließungsanträge
- ✓ mehr als 50 Veranstaltungen im Europäischen Parlament und in Deutschland organisiert
- ✓ 30 Besuchergruppen
- ✓ mehr als 70 Anfragen und Briefe an die EU-Kommission geschickt
- ✓ Fünf Europäische Bürgerinitiativen unterstützt





„Der dramatische Rückgang der Artenvielfalt muss aufgehalten werden! das ist für uns Menschen überlebensnotwendig! Meine Fokusthemen: Gesunder Boden, Eindämmung von Pestiziden, keine Gentechnik auf dem Acker, Schutz der Wälder, Wiesen und Moore, Schutz der Wildtiere und Bestäuber, plastikfreie Meere.“

Umwelt- und Naturschutz

Artenschutz muss in Europa dringend großgeschrieben werden – allein in Deutschland sind rund ein Drittel aller heimischen Tierarten gefährdet oder vom Aussterben bedroht sowie 31 Prozent der Pflanzenarten und 20 Prozent der Pilze. Der rasante Rückgang der Artenvielfalt ist ein globales Problem, das wir angehen müssen. Ich setze mich daher für einen nachhaltigen europäischen Naturschutz ein und habe die Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Rettet die Bienen“ initiiert, die mit der erfolgreichen EBI „Bienen und Bauern retten“ fusioniert ist.

Gegen die Ursachen des Artensterbens – wie der sich immer weiter verschlechternde Zustand der Natur, der Einsatz von Pestiziden und die voranschreitende Flächenversiegelung – kämpfe ich im Europäischen Parlament. Der Boden spielt hier eine prominente Rolle, denn der weitaus größte Teil aller Lebewesen befindet sich in der Erde unter unseren Füßen. Auch rund 95 Prozent unserer Lebensmittel haben ihren Ursprung im Boden. Nur wenn der Boden gesund ist, sichert uns das eine nachhaltige Zukunft und gesunde und ausreichende Nahrung.

Um dem größten Massenaussterben von Insekten seit der Kreidezeit Einhalt zu gebieten, setze ich mich im Europäischen Parlament vehement für den **Schutz der Artenvielfalt** ein. Als Verhandlungschefin meiner Fraktion für das Bodenschutzgesetz versuche ich ganz konkret, die **Gesundheit unserer Böden** zu verbessern und zu schützen. Ich bin gegen den Gesetzesvorschlag zu Neuen Gentechniken und mache mich für die **Kennzeichnung gentechnikfreier Lebensmittel** und den **Schutz unserer Biolandwirtschaft** stark.

Einsatz für den Boden – im Parlament und bei Demonstrationen

Boden ist und bleibt die Basis, auf der wir die Nachhaltigkeitsziele der EU verwirklichen. Er garantiert uns gesunde Lebensmittel, ist Lebensraum von Millionen Organismen – das sind 60 Prozent der biologischen Vielfalt. Boden bindet Kohlendioxid und bremst damit den Klimawandel. Boden filtert und speichert Wasser und versorgt uns mit Nahrungsmitteln.

Aber: Boden ist eine begrenzte Ressource. Das verkennen wir oft. Und den verbleibenden Böden in Europa geht es schlecht. Die Kommission nennt 60–70 Prozent in „keinem guten Zustand“. Deshalb mache ich mich in der EU [für ein EU-Bodenschutzgesetz](#) stark.

Einsatz gegen Flächenfraß

Um dem verheerenden Flächenfraß vorzubeugen, sollten Mitgliedsstaaten verpflichtet werden, zuerst Brachflächen und Leerstände zu nutzen, bevor Äcker, Wald und Wiesen zugebaut werden.

Sowohl in der Resolution zum Bodenschutz als auch beim Gesetz zur Bodenüberwachung, für die ich für meine Fraktion als Schattenberichterstatterin zuständig bin, habe ich mich dafür eingesetzt, dass wir den Flächenverbrauch bis 2030 um die Hälfte reduzieren und ihn bis spätestens 2050 stoppen. Das muss die EU mit einem Überwachungssystem garantieren. Dafür wäre es richtig, dass wir den europäischen Bürgerinnen und Bürgern zu mehr Mitsprache in der Raumplanung verhelfen.

Nicht nur im Plenarsaal oder in Ausschüssen setze ich mich für den Bodenschutz ein. Für den Boden mache ich mich auch in der Zivilgesellschaft stark. Ich habe zum Beispiel eine Volksinitiative gegen den

Flächenfraß mitgegründet, um den saarländischen Landtag dazu zu bringen, für eine nachhaltige und bürgernahe Flächennutzung im Saarland zu sorgen.

Ebenso habe ich [Bürgerinitiativen](#) unterstützt, die sich gegen Industrieansiedlungen in Naturschutzgebieten einsetzen. Gemeinsam gingen wir auf die Straße und machten auf das Problem aufmerksam, um zu erzwingen, dass es gerade in Wasserschutzgebieten keine Industrieansiedlung geben darf, sondern dass dafür Industriebrachflächen vorrangig zu nutzen sind.



Bodenschutz ist Klimaschutz und Artenschutz

Zum Schutz des Bodens gehört, das wir diesen nachhaltig behandeln. Wir müssen verhindern, dass er in der Landwirtschaft zu sehr mit Dünger oder Pestiziden traktiert wird. Die ökologische Bearbeitung der Äcker – das konnte ich bei Besuchen auf Biohöfen vor Ort sehen – trägt dazu bei, dass Böden ihre natürliche Fähigkeiten behalten. Sie liefern uns damit nicht nur gesunde Lebensmittel, sie schützen auch das Klima. Bodenschonende Landwirtschaft ist

daher bitter nötig und die Transformation der Landwirtschaft ein wichtiger Baustein im Bodenschutz. Sie wird auch zum Klimaschutz beitragen und sich positiv auf unsere Gesundheit auswirken.

Für die Reduzierung der Pestizide auf dem Acker setzte ich mich nicht nur als Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, sondern auch als Mitglied im Sonderaus-

schuss zur Krebsbekämpfung ein. Wenn wir den Einsatz von Ackergiften reduzieren – oder im besten Fall ganz vermeiden – ersparen wir der Umwelt eine giftige Fracht, die heute noch Böden und Gewässer verseucht und sich zudem in Pflanzen abgelagert. Diese Gefahr habe ich mit meinem Einsatz im Parlament einzudämmen versucht.

Reduktion des Materialverbrauchs

Bevor wir im EU-Parlament 2021 über die „Europäische Strategie für kritische Rohstoffe“ abstimmten, konnte ich mich als Schattenberichterstatterin meiner Fraktion zum Bericht für Nachhaltigkeit in der Wertschöpfungskette einsetzen. Dabei betonte ich die Bedeutung der Kreislaufwirtschaft für den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen. Ich kritisierte, dass die meisten Fraktionen Bergbau auch in Naturschutzgebieten und den Handel mit Rohstoffen ohne Nachhaltigkeitskriterien erlauben wollten.

Damit machen wir aber Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen zum offenbar selbstverständlichen Bestandteil unserer Wertschöpfungsketten. Das müssen wir dringend ändern!

Solange wir die Rohstoffe unserer Güter nicht ohne **Umweltverschmutzungen und oft unter menschenverachtenden Arbeitsbedingungen** gewinnen, können wir nicht von fairen Bedingungen reden. Mit diesen Fragen beschäftigte ich mich als Schattenberichterstatterin im EU-Ausschuss für Industrie und Energie (ITRE). Dort nahm ich zu den Möglichkeiten fairer Wirtschaftsbedingungen in Bezug auf Umwelt- und Sozialstandards bei der Herstellung von Batterien Stellung. Anstatt andere Länder für unseren Energiehunger auszu-



beuten, sollten wir uns als Batterie-Recyclingexperten profilieren.

Allgemein gilt, dass wir sparsamer mit unseren Ressourcen umgehen müssen. Dabei können auch neue Verfahren helfen. Der effiziente Einsatz von Rohstoffen – durch Umstellung von Prozessen oder der Nutzung von Materialien – sollte zur CO₂-Reduktion beitragen: durch besseres Design, weniger Materialeinsatz, längere Nutzungsdauer und funktionierendes Recycling.

Gefahrenstoffe vermeiden

Als Schattenberichterstatterin meiner Fraktion Greens/EFA habe ich im Plenum darauf aufmerksam gemacht, dass alles Recycling vergebens ist, solange wir gefährliche Materialien in Produkten zulassen. **Am Beispiel der Persistenten Organischen Schadstoffe (POP)** konnte ich den Abgeordneten klar machen, dass sich die EU-Ziele der Kreislaufwirtschaft und der Schadstofffreiheit ausschließen (müssen). Dauerhaft existente Chemikalien wie POPs führen zum Zielkonflikt. Wir sollten sie erst gar nicht zum Einsatz zulassen. Sie konterkarieren alle unsere Recyclinganstrengungen. Denn werden sie recycelt, können sie sich in unseren Alltagsgegenständen wiederfinden, wie z. B. in Kinderspielzeug oder Lebensmittelverpackungen.

In Umfragen wünschen sich die Menschen bis 2030 zu 100 Prozent recycelbare Verpackungen. Das schreibt die EU auch im Aktionsplan zur Kreislaufwirtschaft vor. Dazu aber müssen sie neu designt und möglichst ganz ohne Giftstoffe produziert sein.

Solange dieser Konflikt weiter schwelt, müssen die Grenzwerte für solche Stoffe so streng wie möglich ausfallen, das habe ich im Europaparlament durchgesetzt.

Das Ende gentechnikfreier Lebensmittel?

Konzerninteresse siegt über Rücksicht auf Natur: Gerade einmal zwei Monate diskutierte das EU-Parlament, dann beschloss es im Februar 2024 der Gentechnik Tür und Tor zu öffnen, was faktisch das Ende gentechnikfreier Lebensmittel bedeuten könnte.

Ich habe gegen das Gesetz und die damit einhergehende Deregulierung auch so genannter „neuer“ gentechnischer Verfahren gestimmt: Es ist ein Skandal, wie diese Reform über Neue Gentechnik – ohne ausreichende Befassung in den Ausschüssen – durchgedrückt wurde. Das Parlament brauchte rund eineinhalb Jahre, um das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur zu verhandeln – jetzt, um die Natur zu zerstören, nur einige Monate! Damit darf es nicht durchkommen. Für mich gilt es, mich weiter gegen das Gesetz und damit für Gentechnikfreiheit gerade bei unseren Lebensmitteln einzusetzen!

Denn die Chemikalien in Produkten gefährden die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher, sowie von Arbeiterinnen und Arbeitern bei der Herstellung von Waren und sie erhöhen die Gefahr für Tiere und die Umwelt.





„Das Wohlergehen der Tiere ist eines meiner Herzenthemen. Ich kämpfe für einen umfassenden Tierschutz ohne Tierqual, seien es Wild-, Haus- oder Nutztiere. Dafür braucht es dringend europaweite Tierschutzgesetze!“

© Justin Jin

Tierschutz

In den vergangenen Jahren habe ich mich unermüdlich für bessere Haltungsbedingungen und mehr Tierwohl eingesetzt. Ich kämpfe für die sofortige Beendigung von Tierqual – das gilt für Wild-, Haus- oder Nutztiere. Europaweite Tierschutzgesetze müssen hier neue Standards setzen! Dazu gehören einheitliche Tierwohlstandards von Haustieren, das Verbot von Pelzfarmen und Zuchtpelzprodukten, ein Ende von illegalem Welpenhandel, von Tiertransporten und die Abkehr von der industriellen Massentierhaltung.

In ganz Europa brauchen wir dafür dringend einen Systemwechsel – weg von der Massentierhaltung hin zu weniger, dafür gesünderem Fleischkonsum. Ich schlage hierfür ein einheitliches, verbindliches EU-Siegel mit Abbildungen der Haltungsbedingungen vor. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen in der Lage sein zu sehen, unter welchem Umständen Tiere gehalten werden. Nur so können sie informierte Kaufentscheidungen für mehr Tierwohl treffen.

Wir dürfen zudem die Meerestiere nicht vergessen. Ihr Leid in den inzwischen durch den Klimawandel oft zu warmen Gewässern wird verstärkt durch die Verschmutzung des Wassers und Tonnen von Plastikmüll, der ein qualvolles Ende vieler Fische, Meeressäuger und anderer Meereslebewesen zur Folge hat. Ich kämpfe auch gegen die Qualhaltung von Wildtieren, wie beispielsweise in Oktopusfarmen.

Im Europäischen Parlament bin ich Vizepräsidentin der **Arbeitsgruppe für mehr Tierschutz** und Co-Vorsitzende der **Arbeitsgruppe für das Wohlergehen von Haustieren**. Mit den Arbeitsgruppen haben wir zahlreiche Veranstaltungen organisiert, um auf das Tierleiden und die fehlende Gesetzgebung aufmerksam zu machen. In der von mir initiierten „**Petition Agrarwende jetzt!**“ setze ich mich für das Ende der Massentierhaltung ein. Zudem unterstütze ich **fünf europäische Bürgerinitiativen** im Bereich Tierschutz.

Wir brauchen starke europäische Tierschutzgesetze!

Die meisten Haltungsbedingungen verursachen täglich großes Leid für Millionen von Tieren. Nutztiere werden in den europäischen Mitgliedsländern größtenteils immer noch wie landwirtschaftliche Produkte und nicht wie Lebewesen behandelt. Gleiches gilt für Pelztiere, die auch in einigen europäischen Ländern noch immer in Käfigen qualvoll vor sich hin vegetieren. Andere Wildtiere werden nicht artgerecht als Haustiere gehalten.

Die Liste von Tierqual und Tierleid in Europa ist lang – und es ist nicht hinnehmbar, dass Tiere auch heute noch unter unwürdigen Bedingungen gehalten und getötet werden. Es besteht also dringend Handlungsbedarf. In zahlreichen Aktionen meiner Tierschutzgruppe im Europäischen Parlament haben wir immer wieder darauf hingewiesen. Die Europäische Kommission muss liefern! Zwar wurden im Dezember letzten Jahres endlich einzelne Gesetzesvorschläge zur Verbesserung der Tiertransporte, für den Schutz von Haustieren und gegen illegalen Welpenhandel vorgelegt – sie werden allerdings erst nach der Europawahl, in der nächsten Legislaturperiode abschließend verhandelt. Wir müssen also dranbleiben! Zumal

wichtige Themen noch immer nicht angegangen werden, wie die Abschaffung der Käfighaltung, ein pelzfreies Europa und bessere Haltungsbedingungen von Nutztieren. Unsere Forderung, einen EU-Kommissar für Tierschutz in der nächsten EU-Kommission einzusetzen, könnte hier klar helfen.

Illegalen Handel mit Wildtieren und Welpen verhindern!

Damit Haustiere artgerecht gehandelt werden, setze ich mich für eine EU-Positivliste ein, die regeln soll, welche Tierarten gehalten werden dürfen. Es gilt: Wildtiere gehören in die Wildnis und nicht ins Wohnzimmer!

Ein besonderes Augenmerk gilt auch den Welpen, die noch immer illegal gezüchtet werden. Hier brauchen wir mehr Kontrolle des Onlinehandels, eine Registrierung und Zertifizierung. Viele Welpen werden unter grausamen Umständen gehalten, werden oft zu früh vom Muttertier getrennt und haben daher psychische und physische Krankheiten. Den von der Europäischen Kommission im Dezember vorgelegten [Gesetzesvorschlag zu Haustieren](#) werde ich entschieden nachbessern!



Ein klares „Nein“ zu Wildtierjagd und Trophäenhandel

Im Europaparlament habe ich mehrere Podiumsdiskussionen zum Thema **Trophäenjagd von Wildtieren** mitorganisiert. Die noch immer übliche Jagd auf zum Teil geschützte Arten sowie der Handel mit erlegten Tieren oder Teilen von Tierkörpern, wie etwa Hörnern, Elfenbein, Geweihen

und Fellen ist völlig unzeitgemäß und vor allem unmoralisch. Eine internationale Studie hat aufgezeigt, dass die EU der weltweit zweitgrößte Marktplatz für Jagdtrophäen von exotischen Tieren ist. Hier muss dringend ein Einfuhrstopp erwirkt werden, denn eine Tötung von Wildtieren, die nur darauf abzielt, Trophäen für die heimischen vier Wände zu ergattern, ist absolut untragbar!

Pelz tragen ist out!

Leider hat sich der Spruch „Pelz tragen nur schöne Tiere – oder hässliche Menschen!“ noch nicht überall herumgesprochen – auch heute noch sterben Millionen Tiere in Pelzfarmen. In der EU gibt es noch immer etwa 1.000 dieser Farmen, auf denen rund 7,7 Millionen Nerze, Füchse, Marderhunde und andere Tiere unter katastrophalen Haltungsbedingungen leben.

Dabei hätte die von mir unterstützte, erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Pelzfreies Europa“ ein Weckruf für die Europäische Kommission sein können: In nur 10 Monaten fand sie bis Anfang März 2023 mehr als 1,7 Millionen Unterstützerinnen und Unterstützer. Passiert ist bis heute – nichts.

Im Gegenteil: Anstatt Taten folgen zu lassen und endlich ein EU-weites Verbot für Pelzfarmen und Pelzprodukte auszusprechen, kündigte die Kommission im Dezember 2023 an, eine wissenschaftliche Studie erstellen zu lassen. Erst dann – und das heißt, erst im März 2026, soll entschieden werden, ob ein Verbot angemessen erscheint. Engagierter Tierschutz sieht für mich anders aus!

Bis auf weiteres werden Millionen Nerze und Füchse, aber auch Chinchillas, Iltisse, Nutrias und Zobel in europäischen Ländern, wie in Finnland, Polen und Dänemark



in Pelzfarmen unter schlimmsten Bedingungen gehalten – für sie wird ein mögliches Pelzfarmverbot zu spät kommen. Es ist vollkommen inakzeptabel, dass die EU den Forderungen der Bürgerinnen und Bürger nicht nachkommt und das Thema auf die lange Bank schiebt. Hier werde ich mich weiter dafür einsetzen, dass Pelzfarmen und Pelzhandel bald der Vergangenheit angehören!

14 EU-Länder machen bereits vor, dass es auch anders geht: nämlich mit einem Verbot von Pelzfarmen. Wir brauchen keine Pelze, es gibt genug Alternativen für wärmende Kleidung im Winter.

Mein Einsatz für das Wohlergehen von Nutztieren in der EU und weltweit

Auf europäischer Ebene habe ich mich in meinem Mandat immer wieder für mehr **Tierwohl in den Ställen** eingesetzt. Dieses Thema muss europaweit angegangen werden, um EU-weite Standards zum Schutz von Legehennen, Masthähnchen, Schweinen und Rindern sowie Kälbern zu schaffen. Das heißt, gesetzliche Maßnahmen müssten Vorschriften zum Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere umfassen, aber auch ein Verbot der Käfighaltung sowie Regeln zur Schlachtung und zum Transport von Tieren.

Auch Verbraucherinnen und Verbraucher müssen informierte Kaufentscheidungen treffen können. Daher setze ich mich für eine verpflichtende Kennzeichnung von Fleischprodukten in der EU ein,

die die Haltungsbedingungen der Tiere zeigen. Auf meiner Webseite Agrarwende. Jetzt! erfahren Sie mehr dazu.

Wichtig ist mir auch, dass nicht nur innerhalb der EU die gleichen Schutzstandards zu gelten haben, sondern auch für Importe. Deshalb müssen wir bei den derzeit geplanten Freihandelsverträgen der EU, wie Mercosur oder CETA, ganz genau hinschauen. Ich lehne Freihandelsverträge ab, die ethische Standards und Tierwohl untergraben. So müssen zum Beispiel für importiertes Fleisch die gleichen Auflagen und Haltungsbedingungen wie in der EU gelten. Das schulden wir den Tieren, aber auch unseren Landwirten in der EU, die mit Billigimporten aus Drittländern nicht mithalten könnten.

Europäische Bürgerinitiativen verdienen Unterstützung!

In Europa ist Bürgerbeteiligung gefragt, um die Forderungen an die EU durchzusetzen. Insbesondere beim Tierschutz. Hier hält die Europäische Kommission Gesetzesvorschläge zurück. Wir müssen unsere Stimme erheben, damit das Wohl der Tiere im weltweiten Handel nicht vergessen wird!

Aus diesem Grund habe ich während meines Mandats im Europaparlament folgende EBIs tatkräftig unterstützt:

- **Stop Finning** – Über 1,1 Millionen Bürger:innen fordern ein Verbot der Jagd auf Haie und den Handel mit deren Flossen in der EU!
- **Kosmetische Mittel ohne Tierquälerei und ein Europa ohne Tierversuche** – Über 1,2 Millionen Bürger fordern ein Ende der Tierquälerei für Kosmetikprodukte!
- **Stop Circus Suffering Campaign** – 990.000 Bürger:innen haben die Petition unterschrieben, um Wildtiere in Zirkussen zu verbieten!

Zudem haben wir aufbauend auf dem von der ÖDP initiierten Volksbegehren Artenvielfalt die Europäische Bürgerinitiative (EBI) **Rettet die Bienen** lanciert, die dann mit der EBI **Bienen und Bauern retten** fusioniert ist.



„Die Umstellung auf gesunde Lebensmittel und nachhaltige Produkte – insbesondere für unsere Kinder – steht im Zentrum meines Engagements. Verbraucher:innen sollten informierte Kaufentscheidungen treffen können! Umweltgifte und andere schädliche Stoffe müssen aus Lebensmitteln, Verpackungen und unseren Alltagsprodukten verschwinden!“

© Justin Jim

Gesundheit und Verbraucher

Als Mutter habe ich Babyprodukte mit der Aufschrift „laut EU-Verordnung“ direkt weggelegt. Ich wusste nämlich, dass Grenzwerte bestimmter schädlicher Inhaltsstoffe nicht streng genug sind. Umweltgifte auch in anderen Lebensmitteln und Produkten müssen europaweit gehandelt und verboten werden! Wir müssen ebenso die Kennzeichnung grundlegend verbessern: Alle Verbraucherinnen und Verbraucher sollten in der Lage sein, zu erkennen, was sie kaufen und verzehren und wo die Lebensmittel herkommen – das ist oft noch nicht der Fall.

Ein allgemeines Recht auf Reparatur und die Einführung einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft stehen ebenfalls ganz oben auf meiner Prioritätenliste.

Weiterhin ist mir die Gesundheit der Menschen ein großes Anliegen. Im Fokus meines Einsatzes steht bei mir die Krebsbekämpfung in Form von Prävention und eines ganzheitlichen und patientenzentrierten Behandlungsansatzes. Etablierte Begleittherapien müssen endlich neben konventionellen Behandlungsmethoden anerkannt und die Kosten von den Krankenkassen erstattet werden.

Als Chefverhandlerin für das gesamte Europäische Parlament bin ich für die **Reform der Wasch- und Reinigungsmittel** verantwortlich. Hier habe ich mich für die bessere biologische Abbaubarkeit eingesetzt. Es geht dabei um mehr Gesundheits- und Gewässerschutz, Verbraucherinformation und Tierschutz.

Als Berichterstatterin meiner Fraktion für die sogenannten „Frühstücksrichtlinien“ war eines meiner Kernthemen **mehr Transparenz** auf dem Honigglass. Jetzt wird für Verbraucherinnen und Verbraucher die **Herkunft von Honig** endlich erkennbar und auch Betrug und verfälschter Honig stehen endlich auf der Tagesordnung der EU.

Wasch- und Reinigungsmittel: Gefahren für Mensch und Natur eindämmen

Als Berichterstatterin und damit als Hauptverantwortliche für das gesamte Parlament bin ich für die Gesetzesreform zu Wasch- und Reinigungsmitteln (Detergenzien-Verordnung) zuständig. Eine wichtige Aufgabe, um für mehr Verbraucherschutz, aber auch Tierschutz sowie mehr Umwelt- und Gewässerschutz zu sorgen. Es geht um eine bessere biologische Abbaubarkeit der Produkte, ein Verbot von Phosphat, eine Reduzierung des Gesamtphosphorgehalts, eine bessere Kennzeichnung von Wasch- und Reinigungsmitteln sowie das Verbot von Tierversuchen.

Eine meiner **Prioritäten** ist es, dass Verbraucherinnen und Verbraucher voll umfassend über die Inhalts- und insbesondere die Schadstoffe in den Waschmitteln informiert werden. Klar lesbare und leicht verständliche Informationen müssen prominent auf der Verpackung angebracht sein. Bei Bedarf liefern digitale Etiketten zusätzliche Informationen. Um Überdosierung zu vermeiden, die wiederum zu einer höheren Umweltbelastung und Allergien führen kann, soll es auf den Kappen und Messbechern der Produkte besser sichtbare Messskalen geben.

Als Chefverhandlerin für das Europaparlament gestalte ich die Reform an zentraler Stelle mit

Einige Zahlen verdeutlichen die Brisanz der Gesetzesreform. Allein in Deutschland werden jedes Jahr rund 1,5 Millionen Tonnen Wasch- und Reinigungsmittel benutzt. Diese Menge entspricht laut dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) „etwa 900 voll beladenen Güterzügen“.

Die Crux: Viele Inhaltsstoffe dieser Wasch- und Reinigungsmittel gelangen nach Gebrauch durch den Abfluss im Haushalt direkt ins Abwasser und seit 2005 ist die Menge der darin enthaltenen schwer abbaubaren Stoffe stetig gestiegen. Insgesamt wurden jährlich fast 31.000 Tonnen schwer biologisch abbaubare Stoffe aus Wasch- und Reinigungsmitteln mit dem Abwasser entsorgt.

Deshalb habe ich mich für eine bessere biologische Abbaubarkeit dieser Produkte eingesetzt. Sie sollen keine persistenten Stoffe mehr enthalten dürfen, die in der Umwelt verbleiben. Dies wird sowohl den Gewässern als auch unserer Gesundheit zugutekommen. Denn schwer abbaubare Stoffe können sich in der Umwelt ansammeln und so auch Trinkwasserressourcen kontaminieren.



© Büro Manuela Ripa

Ebenso habe ich das Verbot von Phosphat und die Reduzierung des Gesamtphosphorgehalts festgelegt, die auch erstmals für industrielle Produkte gelten. Phosphate tragen vor allem zu dem weit verbreiteten Problem der Anreicherung von Nährstoffen in Gewässern und dem

damit verbundenen schädlichen Wachstum von Algen (Eutrophierung) in ganz Europa bei.

Auch Tierschutz ist ein Thema bei den neuen Regeln für Wasch- und Reinigungs-

mittel. Tierversuche soll es nicht mehr geben. Stattdessen sind bereits vorhandene, alternative Testmethoden zu nutzen, die besser geeignet sind, Sicherheitsbedenken auszuschließen.



© Goumbik/pixabay

Herkunft von Honig wird endlich erkennbar

Nicht nur die Bienen, auch unsere lokalen Imkermüssengeschützt werden, damit weiterhin qualitativ hochwertiger und regionaler Honig auf dem Markt erhältlich ist.

Als Verhandlungsführerin meiner Fraktion im Europaparlament für die Überarbeitung der sogenannten „Frühstücksrichtlinien“ habe ich maßgeblich dazu beigetragen, dass **gefälschter Honig** aus Drittländern nun ganz klar bekämpft wird. Das ist eine gute Nachricht für Verbraucherinnen und Verbraucher!

Die Herkunftsländer werden nun auf dem Honigglas erkennbar sein. Nach den neuen Regeln ist auf den ersten Blick erkennbar, woher der Honig stammt: Denn in demselben Sichtfeld wie der Name des Erzeugnisses muss künftig das Ursprungsland angegeben werden. Zum Vergleich: Bisher muss bei Honigmischungen nur angegeben werden, ob der Honig aus der EU stammt oder nicht. Auch dem Betrug mit regional klingenden Namen kann so vorgebeugt werden.

Um die Qualität von importiertem Honig besser zu kontrollieren, und weitverbreiteten Betrug – etwa durch die Zugabe von Zucker und Sirup – zu bekämpfen, soll sich eine Expertengruppe der Europäischen

Kommission innerhalb der nächsten vier Jahre auf eine Methodologie und Kriterien einigen, wie verfälschter Honig besser aufgedeckt werden kann. Entwickelt wer-



© Greens/EFA

den soll auch ein EU-Rückverfolgbarkeitsystem, mit dem der Honig auf den Ernteerzeuger oder Importeur zurückgeführt werden kann.

Auch für Obst in Marmeladen gelten neue Regeln – der Fruchtgehalt konnte erhöht werden. Das reduziert die Zuckerzugabe.

Bei Fruchtsäften muss die Europäische Kommission für die Herkunftsangabe zunächst eine Machbarkeitsstudie vorlegen, aus der dann aber ein Gesetzesvorschlag hervorgehen soll.

Den Kampf gegen Krebserkrankungen aufnehmen

Lebensmittel, Spielwaren, Kosmetika, Alltagsgegenstände und Verpackungen haben eines gemeinsam: In ihnen können sich ungesunde und krebserregende Inhaltsstoffe verstecken. Es war mir deshalb ein großes Anliegen, mich gegen krebserregende Stoffe zu engagieren.

Als Mitglied des Sonderausschusses zur Krebsbekämpfung habe ich deshalb zusammen mit meiner Fraktion wichtige Kernpunkte zum Thema Prävention in unseren Abschlussbericht zu einer umfassenden **europäischen Strategie gegen Krebs** eingebracht. Wir brauchen ein ehrgeiziges Gesetzesvorhaben in diesem Bereich! Neben Krebsrisikofaktoren wie Alkohol oder Zigaretten gilt ein Schwerpunkt den krebserregenden Umweltgiften, wie endokrinen Disruptoren und der Verschmutzung von Luft, Nahrung, Wasser und Boden.

Ich setze mich auch für den Schutz und die bessere Behandlung von Krebs, gerade bei Kindern ein. Die Bekämpfung von

Kinderkrebs erfordert neben mehr Investitionen zur Forschung auch individuelle medizinische Ansätze. Außerdem brauchen wir ein Recht auf Vergessen, um Menschen, die als Kind an Krebs erkrankt sind, nicht ein Leben lang zu diskriminieren.

Wichtig sind zudem ganzheitliche und patientenzentrierte Ansätze in der Krebsbehandlung – zu diesem Thema habe ich im vergangenen Jahr eine Veranstaltung im Europäischen Parlament organisiert. In der integrativen Onkologie müssen etablierte Begleittherapien neben konventionellen Krebsbehandlungen eingesetzt werden, um die Lebensqualität und klinische Ergebnisse in allen Stadien der Krankheit zu optimieren. Viele Studien haben den Nutzen und das Potenzial der integrativen Krebsbehandlung im Hinblick auf die Verringerung des Leidens der Patienten und die Verbesserung der langfristigen Aussichten nachgewiesen, wie zum Beispiel in der Hyperthermiebehandlung.

Gesundes Essen und besserer Schutz von Kindern!

Gemeinsam mit Experten für gesunde Ernährung habe ich mehrere Veranstaltungen zum Thema Ernährung und dem Werbeverbot von ungesunden Lebensmitteln für Kinder organisiert. Jedes dritte Kind in Europa ist von Übergewicht betroffen. Umfassende Gesetze, um z. B. Kinder vor der Vermarktung von verarbeiteten Lebensmitteln mit zu hohem Fett-, Zucker- und Salzgehalt zu schützen, müssen deshalb schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden.

Am Internationalen Vollkorn Tag im November 2023 lud ich zu einer weiteren Ver-

anstaltung ins EU-Parlament. Wieder im Fokus: Die Ernährung von Kindern und jungen Menschen. Nach Auffassung von Lebensmittelexperten kann ein regelmäßiger Verzehr von Vollkorn dabei helfen, Risikofaktoren in der Ernährung einzudämmen und sogar Krebs zu vermeiden – dennoch essen die meisten Menschen zu wenig Vollkornprodukte.

Als Mutter ist es mir ungemein wichtig, dass jedes Kind in der Schule gesunde Mahlzeiten bekommt! Wir müssen auf EU-Ebene dafür die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.



„Klimaschutz heißt nichts weniger als unseren Planeten zu erhalten! Eine ökologische Zukunft wird es nur mit einer Klimawende geben. Nur so schützen wir unsere Gesellschaft und kommende Generationen! Die Dekarbonisierung der Wirtschaft und den Ausbau erneuerbarer Energien müssen wir konsequent vorantreiben, ohne die Artenvielfalt aus dem Auge zu verlieren.“

© Justina Jin

Klimaschutz

Auf den Straßen wird für mehr Klimaschutz demonstriert. Auch für mich hat dieses Thema Priorität: Ich setze mich für eine ökologischere Zukunft ein und möchte damit die Interessen unserer und der nachfolgenden Generationen stärken. Eines meiner obersten Prioritäten ist in diesem Zusammenhang die Dekarbonisierung der Wirtschaft. Um schädliche Emissionen zu reduzieren, müssen wir die Industrie hin zur CO₂-freien Produktion von Produkten umwandeln. Der Ausbau von Erneuerbaren Energien sollte außerdem deutlich schneller vorangetrieben werden – im Einklang mit dem Natur- und Artenschutz. Dazu müssen den Strategien der EU konkrete Handlungen folgen. Nur dann können wir die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius begrenzen und Europa klimaneutral machen.

In meiner Fraktion war ich für das Gesetz zum **CO₂-Grenzausgleichsmechanismus** zuständig. Mit diesem Instrument haben wir auf EU-Ebene ein neues globales Klimaschutzinstrument geschaffen, das die Vermeidung von CO₂ belohnt und die Umstellung auf klimaneutrale Prozesse weltweit in Gang bringt.

Das Gesetz soll die **Verlagerung von CO₂-Emissionen** ins Nicht-EU-Ausland verhindern und europäische Unternehmen, die strenge Emissionsauflagen einhalten müssen, vor Dumping-Konkurrenz aus anderen Ländern schützen, in denen niedrigere Umweltschutzstandards gelten. Importierte Produkte müssen den gleichen CO₂-Preis zahlen, wie jene, die in Europa hergestellt werden. Das ist ein Riesenschritt hin zur Senkung der globalen CO₂-Emissionen, denn Unternehmen in Drittstaaten werden angehalten, klimaschonend zu produzieren.

Ehrgeiziges Klimaschutzpaket geschnürt

Eine drängende Aufgabe, der wir uns als Menschheit stellen müssen, ist neben dem Artensterben die Eindämmung des Klimawandels. Er bedroht unsere Lebensgrundlagen. Immer heißere Temperaturen und Dürren wechseln sich ab mit Überschwemmung als Folge von Extremwetter. Der rasante Klimawandel ist eine Gefahr für uns Menschen. Dies bekommen auch die Menschen in Europa und Deutschland zu spüren.

Eine zunehmende **Wasserknappheit** droht in Europa. Ich habe mich daher als Abgeordnete des EU-Parlaments für einen nachhaltigeren Umgang mit dieser lebensspendenden Ressource eingesetzt und fordere eine EU-Dürreschutzverordnung. Außerdem brauchen wir dringend eine langfristige und europaweite Wasserstrategie, deren Vorstellung kürzlich von der Europäischen Kommission auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. Angesichts der klimabedingten Herausforderungen, ist das mehr als unverantwortlich und auf diesen Missstand werde ich weiterhin lautstark aufmerksam machen: Wir müssen endlich lernen, effizient mit der Ressource Wasser umzugehen und unser Trinkwasser und unsere Gewässer besser zu schützen.

Klimawandel und Artenschutz zusammendenken

Wir können die Augen vor den Folgen des Klimawandels nicht länger verschließen. In Regionen wie Brandenburg, Franken und Hessen geht den Menschen in den Sommern inzwischen das Wasser aus. Selbst im Bayerischen Wald fallen Brunnen trocken. Wir müssen dem Problem Priorität einräumen.

Ursache für den schnell voranschreitenden Klimawandel ist das viele CO₂, das wir mit unserem Konsum- und Lebensstil sowie unserer Wirtschaftsweise in die Atmosphäre blasen. Das müssen wir eindämmen. Die Lösung ist aber nicht immer einfach. Um weg von fossiler Energie zu kommen, brauchen wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Hier darf es aber nicht zum Konflikt mit dem Arten- oder dem Naturschutz kommen. Als Mitglied der ÖDP – Die Naturschutzpartei habe ich beide Ziele fest im Blick. Denn der Klimaschutz darf nicht gegen Naturschutz ausgespielt werden.

Neues Klimaschutzinstrument

Um dem Klimawandel zu begegnen, sind innovative Lösungen gefragt. Dafür habe ich mich auch in meiner Parlamentsarbeit eingesetzt. Mit dem EU-Klimaschutzpaket „Fit for 55“ haben wir im Europaparlament ein ehrgeiziges Klimaschutzpaket geschnürt: Ein Kernelement war die **CO₂-Grenzausgleichssteuer**, die ich als Schättenberichterstatteerin meiner Fraktion mitverhandelt habe (Carbon Border Adjustment Mechanism – CBAM). CBAM ist ein neues Klimaschutzinstrument, das ein „Stoppchild“ für alle ist, die CO₂-intensive Produkte nach Europa einführen und vermarkten wollen. Eine Produktion außerhalb der EU schützt nicht mehr vor der Verantwortung für saubere Herstellung. Und klimafreundliche Unternehmen werden keinen Wettbewerbsnachteil mehr gegenüber jenen Unternehmen haben, die in Drittländern ohne Umweltauflagen produzieren. Dieses Instrument ist somit ein wesentliches Element für den globalen Klimaschutz.

Bei alldem gilt es dennoch immer zu beachten, dass wir die Menschen auf dem Weg in eine klimafreundlichere Zukunft mitnehmen. Deshalb ist der im Klimaschutzpaket verankerte 86,7 Milliarden

Euro hohe Klimasozialfonds wichtig, mit dem finanziell schwache Haushalte unterstützt werden sollen, um ihre Energierechnungen zu senken. Nur gemeinsam können wir die Klimawende schaffen!



Für besseren Klimaschutz!

Es werden viele Debatten geführt, welches der beste Weg sei, um dem Klimawandel zu begegnen.

Nehmen wir nur die Entnahme von CO₂ aus der Luft. Als Schattenberichterstatterin für meine Fraktion arbeitete ich an einer Stellungnahme zu dem Thema mit. Sie zielt darauf ab, einen Rechtsrahmen für den Prozess der Kohlenstoffentnahme durch entsprechende Zertifikate zu schaffen. Diesbezüglich ist eine kritische Haltung

gefragt, die ich klar zum Ausdruck brachte. Denn die jetzigen Regeln bieten keine klaren Bestimmungen, um die CO₂-Entnahme nachhaltig zu gestalten.

Es muss sichergestellt werden, dass durch die Entnahmeprojekte dem Klima nachweislich etwas Gutes getan und nicht nur Greenwashing betrieben wird. Auch brauchen wir klare Vorgaben, unter welchen Umständen ein Unternehmen sich oder ein Produkt durch den Zukauf von Entnahmezertifikaten als klimaneutral bezeichnen darf.

Der Kampf gegen Fast Fashion und Verpackungsmüll

Klimaschutz fängt bei uns Bürgerinnen und Bürgern an. Wenn wir unserem Konsumrausch frönen, heizen wir damit indirekt den Klimawandel an, weil die Produktion von Waren immer auch bedeutet, dass Energie verbraucht und CO₂ freigesetzt wird.

Beispiel Textilien: Bis zu 14 Mal im Jahr kleiden sich europäische Modeliebhaber neu ein. Fazit: Die Umweltbelastung durch die Textilbranche in Europa ist enorm. Laut

Statistik des EU-Parlaments verbraucht die Produktion jedes einzelnen T-Shirts 2.700 Liter Wasser. Zehn Prozent der globalen Treibhausgase fallen bei der Kleidungsherstellung an. 35 Prozent des Mikroplastiks das die Weltmeere belastet, stammt aus unserer Kleidung. Das müssen wir dringend korrigieren.

Ich konnte für meine Fraktion im Industrieausschuss an der EU-Strategie für nach-



haltige und kreislauffähige Textilien, mitarbeiten. Dabei war mir wichtig, dass wir der Branche **ambitionierte Ziele** vorgeben. Die Verwendung nachhaltiger Materialien muss dabei großgeschrieben, kreislauffähige Prozesse angestrebt und die unverkaufte Ware upgecycelt statt vernichtet werden.

Damit Verbrauchern die Möglichkeit gegeben wird, informierte Kaufentscheidungen zu treffen, habe ich mich für ein Etikett auf der Kleidung eingesetzt, das sichtbar machen würde, ob ein Produkt nachhaltig ist oder nicht.

Auch die Reduzierung von Verpackungen muss angegangen werden. Denn der Verpackungsmüll steigt rasant an. Allein in Deutschland werfen wir pro Kopf 236 kg Verpackungen weg und die europaweiten

Prognosen für 2030 sehen düster aus – knapp 20 % mehr Verpackungsmüll und sogar 46 % mehr Plastik. Deshalb habe ich mich bei der Stellungnahme zur Überarbeitung der Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfälle, für die ich im Industrieausschuss Schattenberichterstatlerin meiner Fraktion war, neben höheren Recyclingzielen insbesondere für verbindliche Reduktionsziele eingesetzt. Mehr Wiederverwendung vor Recycling ist entscheidend, um die Menge der Verpackungen nachhaltig zu reduzieren, CO₂- und andere Emissionen zu verringern sowie den Raubbau an natürlichen Ressourcen, den Verlust an biologischer Vielfalt und Umweltverschmutzung zu stoppen. Die Müllberge in Europa müssen endlich konsequenter bekämpft werden.

Fairhandel statt Freihandel: Handel braucht eine ethische Basis

Fairhandel statt Freihandel – das gilt für alle internationalen Handelsverträge, besonders für die angestrebten Vereinbarungen der EU mit den Mercosur-Staaten sowie dem CETA-Vertrag mit Kanada. Wir müssen daher als politische Vertreter der Menschen in Europa im EU-Parlament darauf achten, dass die Verträge unsere Bemühungen um den Klimaschutz, den Arbeitsschutz, den Verbraucherschutz und den Tierschutz nicht untergraben, sondern stärken.

Im Parlament habe ich mich immer wieder gegen Mercosur positioniert. Wir würden sonst mit EU-Geldern Anreize schaffen, um Regenwald für Äcker und Weiden abzuholzen. Gerade die Region der Mercosur-Staaten ist für die Biodiversität und das Klima enorm wichtig. Beide dürfen wir nicht wirtschaftlichen Interessen opfern.

Ich habe auch gegen den **Bericht zum Freihandelsabkommen CETA** zwischen der EU



und Kanada gestimmt. Der Vertragsentwurf würde Kanada Möglichkeiten bieten, ungesüht gegen europäische Umweltsetze zu verstoßen: Es würde das Verbot unterlaufen, Produkte einzuführen, die mit in der EU verbotenen Pestiziden behandelt sind und die europäische Verordnung über die Entwaldung untergraben.

Ich setze mich dafür ein, dass wir den internationalen Handel an ethische, tierschutz- und umweltpolitische Standards knüpfen. Zudem müssen Handelsabkommen die planetaren Grenzen respektieren.

Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen

Wir müssen unseren Lebens- und Wirtschaftsstil ändern. Sonst ist alles Bemühen, die Klima-, Arten- und Umweltkrise zu bestehen, ohne Aussicht auf Erfolg. Unsere überbordende Nutzung der natürlichen Ressourcen bedroht den Fortbestand der Natur, sie heizt das Klima auf und verschlingt weit mehr Rohstoffe, als uns der Planet liefern kann.

Im Mai 2023 organisierte ich eine große, dreitägige Postwachstumskonferenz (Beyond-Growth-Conference) im Europäischen Parlament mit. Ziel war es, neue Wege in eine nachhaltigere Zukunft auszuloten. In sieben Plenarsitzungen, 20 Diskussionsrunden und 4 Workshops debattierten Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Politik mit dem Publikum, wie wir diese Transformation gestalten und schaffen können. Meine Gesprächspartner, darunter Kate Raworth, renommierte Erfinderin des nachhaltigen Wirtschaftsmodells „Donut-Ökonomie“ sowie Prof. Dr. Michael Braungart, Mitbegründer des Kreislaufwirtschaftskonzepts „Cradle to Cradle“ gingen auf dem von mir geleiteten Podium dabei der Frage nach, ob und wie wir es mit der

Kreislaufwirtschaft schaffen, die planetaren Grenzen nicht zu übertreten.

Mit unterschiedlichsten Experten führte ich Diskussionsveranstaltungen durch, um Wege jenseits des grenzenlosen Wachstums aufzuzeigen. Prof. Dr. Christian Berg, der Vize-Präsident der Deutschen Gesellschaft des Club of Rome, diskutierte mit mir anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Club of Rome-Berichts über die Grenzen des Wachstums. Die Wissenschafts- und Umweltphilosophin Michèle Friend zeigte uns zusammen mit Prof. Dr. Stanislav Shmelev, Direktor der Environment Europe Foundation den Einfluss des Wirtschaftsdenkens auf Natur- und Klimazerstörung auf. Dabei gingen wir auch der Frage nach, wie sinnvoll es heute noch ist, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Indikator für Wirtschaftswachstum zu verwenden. Prof. Antonio Andrioli zeigte, welche negativen Auswirkungen das Freihandelsabkommen Mercosur haben könnte, wenn wir in Europa immer nur Profit als Leitlinie sehen.

Auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen muss auch Wachstum Grenzen haben, zum Wohle aller! Daran arbeite ich im Europäischen Parlament.





„Es bleibt noch viel zu tun – packen wir es gemeinsam an! Für unsere Gesellschaft, für die Tierwelt und für unsere Natur und Umwelt!“

Ausblick auf die nächste Legislaturperiode:

Um die ökologische Wende voranzutreiben und ganz konkret umzusetzen, müssen wir unsere Themen und Anliegen auf europäischer Ebene einbringen und dort Gesetze mitgestalten. Hier sitzen wir am richtigen Hebel, denn rund 80 % der Gesetze, die in Deutschland gelten, werden von der EU gemacht.

Folgende Schwerpunkte würde ich gerne weiter im Europäischen Parlament verfolgen:

- ▶ **Natur- und Artenschutz: Vielfalt an Pflanzen und Tieren schützen, Artenschwund stoppen; insb. Bodenschutz und Meeresschutz.**
- ▶ **Tierschutz: Verbesserung der Lebensbedingungen von Tieren; insb. das Wohlergehen von Nutztieren, Schutz von Wild- und Haustieren.**

- ▶ **Gesundheits- und Verbraucherschutz: Gesunde Nahrungsmittel, giftfreie Umwelt, Kampf gegen Krebs.**
- ▶ **Umwelt- und Klimaschutz: die Transformation hin zu einer CO₂-freien Wirtschaft, Fairhandelsabkommen statt Freihandelsabkommen, Schutz unserer Wasserressourcen.**
- ▶ **Innerhalb der planetaren Grenzen wirtschaften.**

Weitere Informationen zu meinen Themen finden Sie auf meiner Website:

www.manuela-ripa.eu

Keine Prozenzhürde bei der Europawahl 2024!

Wie wenig zeitgemäß die **Prozenzhürde** auch in Deutschland ist, zeigen aktuelle Umfragen, die gleich mehrere Parteien bei 4 % sehen – eine große Anzahl der Wählerschaft wäre außen vor.

Prof. Dr. Klaus Buchner, mein Vorgänger im Europäischen Parlament, hat mit seinem Engagement maßgeblich mit dazu beigetragen, dass das Bundesverfassungsgericht erst die 5- und dann die 3-Prozenzhürde bei Europawahlen für verfassungswidrig erklärt hat. Hier habe ich angesetzt und mit anderen Parteien zwei gezielte Kampagnen auf den Weg gebracht – eine in Deutschland und die andere europaweit. Das Ergebnis: Wir werden keine Prozenzhürde haben. Das ist ein großer Erfolg und gibt der ÖDP die Möglichkeit, Europapolitik aktiv mitzugestalten!

Generell sollte das Konzept der Prozenzhürde dringend überdacht werden. Demokratie muss wehrhaft bleiben, und Wählerinnen und Wähler müssen sich mit ihrer Stimme im parlamentarischen Prozess vertreten sehen. Sollte dies doch an einer Prozenzhürde scheitern, müsste zumindest das Instrument einer Ersatzstimme bei der Wahl eingeführt werden, um die Anzahl verlorener Stimmen so weit wie möglich zu reduzieren.

Sie wollen Ihre Meinung mit mir teilen oder mit mir über politische Themen sprechen? Kontaktieren Sie mich gerne!



© Justin Jijn

In Brüssel:

Europäisches Parlament
ASP 09G354
60, rue Wiertz / Wiertzstraat 60
B-1047 Bruxelles/Brussel
Tel.: + 32/ 228 457 39
manuela.ripa@ep.europa.eu

In Saarbrücken:

EuropaBürgerbüro
Mainzer Straße 110, 66121 Saarbrücken
Tel.: 06 81/ 590 998 31
europabuero@manuela-ripa.eu

Kontakt Manuela Ripa:

-  <https://manuela-ripa.eu/>
-  Facebook: @ripamanuela
-  X-Corp.: @RipaManuela
-  Instagram: @manuela.ripa
-  Bluesky: @manuelaripa.bsky.social

Impressum

Inhalt und Redaktion: Manuela Ripa,
Gerd Pfitzenmaier, Silke Lalvani

Layout: Heike Brückner, Grafikstudio Art und Weise

Druck: Druckerei Schmidl und Rotaplan, Regensburg.
Der Druck erfolgte auf 100 % Recyclingpapier.



Die vorliegende Veröffentlichung wurde mit Geldern des Europäischen Parlaments unterstützt. Die Haftung für die Inhalte liegt allein bei den Autoren. Das Europäische Parlament haftet nicht für eine etwaige Weiterverwendung der darin enthaltenen Informationen.